

19. IX. 1919

145

Die sozialdemokratische Gemeindegewirtschaft.

Dienstag, den 16. d. veranstaltete der Josefstädter Volkswahlverein „Dr. Karl Lueger“ in Binders Saal „Zum schwarzen Kopf“ in der Albertgasse eine sehr gut besuchte Versammlung, um über Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

Nach den Eröffnungsworten des Obmannsstellvertreters Fiala sagte Frau M. Gabriele Walter in bezug auf die kulturelle Tätigkeit der Sozialdemokraten, insbesondere auf den Erlass Stöckel: Ich habe heute in der Schule am Albertplatz selbst gesehen, wie die Kinder genau so wie früher zum Kirchengang kamen und die Lehrer und Lehrerinnen an beiden Schulen vollauf glücklich erschienen waren. (Lauter Beifall.) Es ist zu begrüßen, daß die Eltern an dem, was sie immer heilig gehalten haben, festhalten und daß die Lehrerschaft so tapfer ist, trotz der Verordnung ihrer innersten Ueberzeugung und der religiösen Pflicht nachzukommen und durch ihr Beispiel auch die Eltern anzuleiten, auf der beirenen Bahn fortzufahren. (Neuerlicher Beifall.) Wenn wir eine solche Lehrerschaft in der Schule haben, braucht uns um die Zukunft unserer Kinder nicht bange sein. Wenn der Lehrer bestrebt ist, die sittlich-religiöse Erziehung der Kinder im Auge zu behalten, dann wird die Jugend herangezogen werden, wie wir sie brauchen, um den Aufbau unseres armen Vaterlandes wirklich durchführen zu können. Wir dulden nicht, daß Landfremde Leute über uns herrschen und befehlen und in Dinge dreinreden, die sie nicht verstehen. (Zustimmung.) Wir müssen für unsere Kinder die Religion in der Schule retten. Wir dürfen an unserem Christentum und Deutschtum nicht rütteln lassen; treten Sie daher dem christlichen Elternrat bei! Wir wollen auch, daß die Jugend zur manuellen Arbeit erzogen wird, und treten daher für den Handfertigkeitsunterricht in den Knabenschulen und für die Haushaltungsunterricht in den Mädchenschulen ein. (Großer Beifall.)

H. Freyer kennzeichnete das Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber den Angestellten und Arbeitern und führte u. a. aus: Mit dem Diktieren geht es jetzt nicht mehr, es soll sogar vorkommen, daß der Bürgermeister bei Vorträgen von Arbeiterdeputationen derart nervös wird, daß er der Deputation die Tür weist (Zwischentuse: ... und sagt, Novembersozialisten braucht er nicht! — Geisterheit.) Die Sozialdemokraten, die immer von Demokratie, Freiheit und Gleichheit gesprochen haben, haben seit ihrer Herrschaft das Wort Freiheit vollständig ausgeschaltet. Es herrscht der brutale Terrorismus. Der herrschenden Gemeinderatspartei ist es um nichts anderes zu tun, als alle Arbeiter zwangsweise in die sozialdemokratischen Verbände hineinzutreiben, um auch von den nichtsozialdemokratisch gesinnten Arbeitern die Beiträge für die sozialdemokratischen Verbände zu erhalten und die nichtsozialdemokratisch organisierten dem Terrorismus auszuliefern. Trotzdem der Bürgermeister erklärte, daß es nicht notwendig sei, ihn, der viele Jahre in der Opposition für die Koalitionsfreiheit eingetreten ist, zu erinnern, daß er jetzt die Koalitionsfreiheit wahren solle. Aber seine Spur von Demokratie und Freiheit, die Sozialdemokraten wollen einfach, daß sich jeder der sozialdemokratischen Kräfte beugt, sonst fliegt er unarmherzig auf Pfahle. Wenn wir bloß die viermonatige Tätigkeit der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenfürsorge, auf dem Gebiete der Betätigung von Freiheit und Gerechtigkeit ins Auge fassen, haben wir alle Ursache, dieser Gemeindegewirtschaft unser schärfstes Mißtrauen auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

H. Kötter führte die finanziellen Experimente der neuen Herrschaft vor: Die Sozialdemokraten reden sich darauf aus, daß der Krieg daran schuld sei und sie leere Kassen vorgefunden hätten. Wir haben bei Antritt unserer Herrschaft auch leere Kassen vorgefunden, aber die Bevölkerung nicht belastet, sondern sogar entlastet. Bis zum Umsturz war die Gemeinde aktiv. Die Sozialdemokraten haben schon in der alten Monarchie verhindert, daß die Finanzen saniert wurden; sie haben ungeheure Forderungen gestellt, aber jede Bedeckung verweigert. Die Sozialdemokraten hielten allerlei Mittel zur Deckung des Defizits aus: Erhöhung der Zinsheller, Enteignung des Hausbesitzes, großzügige Verteuerung der städtischen Tarife. Sie stellen sich jetzt auf den Standpunkt des nackten Unternehmerinteresses. Es wurde eine Defizitanleihe von 200 Millionen Kronen aufgenommen, von denen bereits 60 Millionen abgehoben sein sollen. Man spricht sogar von einer neuen Anleihe von 100 Millionen. Dabei ist aber die Belastung der Bevölkerung noch nicht zu Ende. Es geht die Tendenz in der Gemeinde auch dahin, verschiedene Gewerbebetriebe ganz auszuschalten. Wir müssen uns gegen derartige Experimente in der jetzigen Zeit, wo angestrengte Arbeit notwendig ist, verwahren. Es geht auch nicht an, daß die bisherige Finanzwirtschaft der Gemeinde so fortgeführt wird. Wir werden alles daransehen, um eine ungerechte Belastung der großen Masse der Bevölkerung abzuwehren. (Großer Beifall und allseitige Zustimmung.)

H. Illman sprach über die Ausweisung der Fremden und bemerkte hierbei, daß es bezeichnend sei, daß die Sozialdemokraten auf der einen Seite mit einem Ausweisungsbefehl gegen Ausländer vorgehen und auf der anderen Seite in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung einem Ostjuden das Heimatrecht geben wollten. Vorsitzender Fiala schloß hierauf die Versammlung.